

# Nachrichten für Naunhof

und Umgegend

(Albrechtshain, Ammelshain, Beucha, Dorsdorf, Eicha, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinfleinberg, Klinga, Köhna, Lindhardt, Pomßen, Standnig, Threna usw.)  
Dieses Blatt ist amtliches Organ des Stadtrates zu Naunhof; es enthält Befanngaben des Bezirksverbandes, der Amtshauptmannschaft Grimma und des Finanzamtes zu Grimma nach amtlichen Veröffentlichungen.

Erscheinungswöchentlich 3mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachmittags 4 Uhr  
Bezugspreis: Monatlich ohne Auslagen 1.55 Mk., Post ohne Bestellgeld monatlich 1.55 Mk. Im Falle höherer Gehalts, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die gewöhnliche Zeitungszeile 20 Pfg., amtliche 50 Pfg., Reklametext (Beisp.) 50 Pfg. Tabell. Satz 50% Aufschlag. Bei unbenutzten geschriebenen sowie durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen sind wir für Irrtümer nicht haftbar.

Beruf: Amt Naunhof Nr. 2

Druck und Verlag: Güny & Gule, Naunhof bei Leipzig, Markt 3

Nummer 138

Donnerstag, den 15. November 1928

39. Jahrgang

## Amtliches.

### Landkrankenkasse Naunhof.

Sonntag, den 25. November 1928, nachmittags 3 Uhr soll im Ratssaal zu Naunhof eine **Auswahlprüfung** stattfinden, zu der die Herren Mitglieder des Ausschusses und die Herren Mitglieder des Vorstandes ergebenst eingeladen werden.

#### Tagesordnung.

1. Wahl des Rechnungsausschusses. 2. Festsetzung des Voranschlags für 1929. 3. Aenderung des 8. Kapitales zur Dienstordnung.

Naunhof, am 14. November 1928.

Der Vorsitzende des Vorstandes.

Freitag, den 16. Nov. 1928, vorm. 10 Uhr soll in Naunhof ein **Geldschrank** meistbietend gegen Vorzahlung öffentlich versteigert werden. Dieser sammelt im Restaurant „Gambrius“.

Grimma, am 15. November 1928.

Qu. I 2980/28.

#### Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts.

Freitag, den 16. d. Mon., mittags 12 Uhr soll in Erdmannshain im Gasthof daselbst ein **Formularschrank** in Eiche meistbietend gegen Vorzahlung öffentlich versteigert werden.

Grimma, am 15. November 1928.

N. V. 1624/28.

#### Vollstreckungsstelle des Finanzamtes.

### Das Volksbegehren des Stahlhelms.

#### Zwei Forderungen.

Der Stahlhelm hielt in Magdeburg bei der zehnten Wiederkehr seines Gründungstages eine Versammlung ab. In einer programmatischen Rede gab der Bundesführer des Stahlhelms die Forderungen bekannt, die in dem demnächst einzuleitenden Volksbegehren des Bundes gestellt werden. Sie werden in nachstehenden Sätzen formuliert:

1. Der Artikel 54 der Reichsverfassung, der lautet: „Der Reichskanzler und die Reichsminister bedürfen zu ihrer Amtsführung des Vertrauens des Reichstages. Jeder von ihnen muß zurücktreten, wenn ihm der Reichstag durch ausdrücklichen Beschluß sein Vertrauen entzieht.“ wird aufgehoben.

2. Der Artikel 37 der Reichsverfassung betreffend Immunität der Abgeordneten erhält als Absatz 4 folgenden Zusatz: „Vorliegende Bestimmungen finden keine Anwendung, wenn es sich um Landesverrat oder um andere Straftaten handelt, die nach dem bestehenden Recht als Verbrechen mit Strafe bedroht sind, oder bei denen die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte zulässig ist.“

Der Stahlhelm will sich auf diese beiden Punkte zunächst beschränken, später aber mit weiteren Wünschen an die Öffentlichkeit treten, so vor allem mit demjenigen eines Oberhauses als Ergänzung des Reichstages.

### Verhandlungen im Eisenkonflikt.

Wird Arbeitslosenunterstützung gezahlt? Der Spruchsenat des Reichsversicherungsamtes hat zu der Frage, ob an die ausgesperrten Arbeiter in der rheinisch-westfälischen Metallindustrie Arbeitslosenunterstützung gezahlt werden darf, Stellung genommen. Er hat zwei ablehnende Entscheidungen der Düsseldorf- und Dortmund-Spruchkammern an das Oberversicherungsamt zur anderweitigen Verhandlung und Entscheidung zurückverwiesen.

Der Senat hat bei seiner Entscheidung vier Rechtsgründe aufgestellt und dabei den Begriff der Aussperrung definiert. Er hat hierbei insbesondere festgestellt, daß unter Aussperrung eine Massenentlassung bzw. Massenentlassung von Arbeitnehmern zu Kampfwegen zu verstehen sei, und zwar mit dem ausdrücklichen Erklärten oder aus den Umständen sich ergebenden Kampfwegen.

Es ist ferner grundsätzlich festgestellt worden, daß es für die Aussperrung an sich unerheblich sei, ob die Aussperrung unter Tarifbruch erfolgt oder nicht, so daß also die Spruchbehörden nicht zu prüfen haben, ob Tarifbruch vorliegt oder nicht.

Das Oberversicherungsamt in Dortmund bzw. in Düsseldorf wird jetzt in den Sachen selbst unter Beobachtung der vom Spruchsenat aufgestellten Rechtsgründe endgültig zu entscheiden haben.

Die von dem Düsseldorf-Regierungspräsidenten Bergmann veranlaßten Verhandlungen zwischen dem Arbeitgeberverband und den Gewerkschaften am Mittwoch nachmittag haben zu einem Ergebnis, das eine brauchbare Grundlage für ein gemeinsames Verhandeln werden könnte, bisher nicht geführt. Die Besprechungen werden fortgesetzt.

### Kündigungen in der märkischen Eisenindustrie.

Sagen I. West. In der märkischen Eisenindustrie, die der Gruppe Nordwest benachbart ist, hatten die Gewerkschaften den Lohnstreik zum 30. November gekündigt. Da Einigungsverhandlungen ergebnislos waren, haben die Arbeitgeber heute die Gesamtkündigung der Belegschaften zum 30. November ausgesprochen.

## Regierungskrise in Sicht?

### Um den Panzerkreuzer.

Der Reichstag wird sprechen.

Es ist nun entschieden, daß die Auseinandersetzungen um die Frage: „Wird der Panzerkreuzer A weitergebaut oder sind die Arbeiten einzustellen?“ vor der Debatte über die Außenpolitik im Reichstag stattfinden sollen. Nach dem Beschluß des Ausschusses soll Donnerstag die Beratung des sozialdemokratischen Antrages auf Einstellung des Panzerkreuzerbaues im Reichstag beginnen. Auch das Reichstagesamt hat sich dieser Disposition ohne Einspruch angeschlossen und überließ in seiner Mitteilung dem Ausschuss die weitere Entscheidung, die nunmehr gefallen ist. Es war von verschiedenen Seiten angeregt worden, alle Minister sollten im Reichstag bei der Abstimmung über den Kreuzerbau sich der Stimme enthalten, um ein Auseinanderfallen des Kabinetts zu verhindern und damit unter Umständen eine Regierungskrise herbeizuführen. Auch darüber verhandelte die Ministerkonferenz, sagte aber keine Beschlüsse in dieser Richtung.

Reichspräsident v. Hindenburg empfing den Reichskanzler, zweifellos zu einer Besprechung über die in den letzten Tagen so präfer gewordene Frage des Kreuzerbaues. Der Reichspräsident soll dabei dem Kanzler die Auffassung des Wehrministers Gröner mitgeteilt haben. Dieser sei der Meinung, der Kanzler müsse sich



Wie der Panzerkreuzer A aussehen soll —, wenn er gebaut wird.

der Stimme enthalten, denn wenn der Reichskanzler etwa gegen den Panzerkreuzerbau stimme, wie es der Antrag seiner Partei wolle, so könnte Herr Gröner, der entschlossen an dem Bau festhalte, kaum noch als Mitglied im Kabinett verbleiben. Aber wie gesagt: da sich das Kabinett in dieser Hinsicht eines Beschlusses enthielt, muß man annehmen, daß allen Ministern, also auch dem Reichskanzler persönlich, der Entscheid nach dieser oder jener Richtung überlassen bleibt.

### Zugelegte Lage.

Zur Stunde bietet sich noch kein Ausblick in die weitere Entwicklung, obwohl die Stimmen, die von einer unmittelbaren bevorstehenden Regierungskrise sprechen, leiser geworden sind. Im allgemeinen wird fast mehr die Meinung ausgesprochen, die Bewilligung und die Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages hängen davon ab, ob sich anscheinend eine ganze Anzahl der Gegner des Kreuzers in den Mittel- und Rechtsparteien entschlossen haben sollen, sich in diesem Augenblick lieber der Stimme zu enthalten, als sich der geforderten Ablehnung anzuschließen.

### Zentrumsbeschlüsse.

Die Zentrumsfraktion des Reichstages, die mehrfach über die Situation beriet, soll beschließen, einige Änderungen an dem Neubauprogramm vorzuschlagen, durch welche Bedenken gegen die Brauchbarkeit des Kreuzers Rechnung getragen werde. Der reine Kampfscharakter des Schiffes soll mehr in den Hintergrund treten und dafür die Aufführung- und ähnlichen Verwendungszwecke mehr betont werden. Im Zentrum stehen bekanntlich Gegner des Kriegsschiffbaues und ihnen soll so die Möglichkeit eröffnet werden, an ihrem Teile zu einer Vermeidung der drohenden Krise beizutragen.

Endgültige Beschlüsse sind aber noch nicht ausgegeben und ebenso in der Zentrumsfraktion finden weitere Verhandlungen in der sozialdemokratischen Fraktion und bei den Deutschnationalen statt, in denen man endgültig das Verhalten der Abgeordneten für die bevorstehende große Auseinandersetzung umtreiben will. Man nimmt an, daß die Debatte sich über zwei Tage erstrecken wird und Freitag mit der Abstimmung abschließt.

### Gerüchte.

Selbst die gewiegtesten Kenner parlamentarischer Geheime sind ratlos: so etwas von völliger Undurchsichtigkeit der Situation ist lange nicht dagewesen. Grund: die Panzerkreuzerfrage. Zunächst das Hin und Her, ob der sozialdemokratische Antrag, der die Einstellung des Panzerkreuzerbaues verlangt, noch in dieser Woche behandelt werden soll oder erst die außenpolitische Debatte stattfinden. Heute heißt es so, morgen anders. Nun soll doch erst über den Panzerkreuzerantrag verhandelt werden, weil es den Anschein hat, als werde sich in dieser Frage möglicherweise eine Regierungskrise herausbilden. Heute wird gesagt, die vier sozialdemokratischen Minister, die im Kabinett nicht gegen den Panzerkreuzerbau waren, würden sich als Abgeordnete der Stimme enthalten, weil der Reichswehrminister Gröner erklärt hätte, er würde

zurücktreten, wenn seine Ministerkollegen sich jetzt gegen den Panzerkreuzerbau einsetzen würden; dann heißt es wieder, daß jene vier Minister genau so wie ihre Fraktion den Weiterbau des Panzerkreuzers ablehnen, die Gefahr einer Krise also auf sich nehmen würden.

Reichswehrminister Gröner war beim Reichspräsidenten zum Vortrag; auch der Reichskanzler hat dem Reichspräsidenten einen Vortrag über die vorkriegs-parlamentarische Situation gehalten, dabei Mitteilung davon gemacht, daß Reichswehrminister Gröner zurücktreten würde, wenn etwa der Reichstag, angeblich aber auch dann, wenn seine Ministerkollegen als Abgeordnete gegen die Weiterführung des Panzerkreuzerbaues stimmen würden. Zahllose Gerüchte unkontrollierbarer Art schossen natürlich üppig ins Kraut. Einmal hieß es: der Reichspräsident habe erklärt, er fühle sich in der Panzerkreuzerfrage „uninteressiert“, dann wieder flüsternten sich die angeblich Altwissenden zu, gerade das Gegenteil sei der Fall. Hindenburg sehe sich mit der vollen Wucht seiner Persönlichkeit für den militärisch notwendigen Weiterbau des Panzerkreuzers ein und es sei gar nicht ausgeschlossen, daß es zu einem Konflikt mit dem Reichspräsidenten kommen würde, wenn der Reichstag bzw. ein größerer Teil der Reichsminister sich gegen den Weiterbau entscheiden würde. Noch mehr der Gerüchte und Vermutungen: wenn die Parteien, die im früheren Reichstag für den Bau stimmten, jetzt geschlossen das gleiche tun, so ergibt dies im jetzigen Reichstag nur eine geringe Mehrheit. Aber schon jetzt weiß man, daß das Zentrum nicht mehr so unbedingt für den Bau eintritt wie früher und — die Deutschnationalen, die damals auch Regierungspartei waren, sind jetzt Opposition! Man raunt einander zu, daß diese Partei vielleicht ein parlamentarischer Mandat veranlassen will, das unbedingt zu einer Regierungskrise führen müßte, nämlich dadurch, daß sich ein Teil der deutschnationalen Abgeordneten der Abstimmung fernhält und dann eine genügende Mehrheit für den Weiterbau nicht vorhanden ist. Denn daß die Regierungskrise ausbricht, wenn der sozialdemokratische Antrag auf Einstellung des Panzerkreuzerbaues angenommen wird, daran zweifelt niemand. Und wohin sich eine solche Krise auswirken würde, läßt sich noch gar nicht übersehen, obwohl es natürlich übertrieben erscheint, wenn man schon von einer — Reichstagsauflösung spricht, weil der Reichspräsident eine solche Stellungnahme der jetzigen Volksvertretung als untragbar betrachtet.

Bemerklich noch komplizierter wird die ganze parlamentarische Lage dadurch, daß nach Genehmigung der ersten Rate für den Panzerkreuzerbau die Marineleitung über die Vergütung des Gesamtobjekts verhandelt und größere Verteilungen aufgegeben hat, wozu sie der Reichshaushaltsordnung gemäß die Ermächtigung besitzen will. Allerdings ist bisher nicht mehr gezahlt worden, als der Reichstag für die erste Rate bewilligt hat. — aber durch diese Maßnahme des Reichswehrministeriums wird es noch selbstverständlicher, daß Gröner die Ablehnung des Weiterbaues mit der Niederlegung seines Ministerpostens beantragt wird. Unrichtig ist es übrigens, daß der Reichspräsident irgendwie in direkte Verbindung mit den Parteien selbst getreten ist, um die Lage zu entwirren; so hat er auch nicht etwa, wie behauptet wird, den Deutschnationalen zu verstehen gegeben, er möge die Sache aus dem Auge lassen und die beabsichtigte parlamentarische Mandat, mit dem sie die Regierungskrise herbeizuführen wünschten. Derartige Gerüchte, die im Reichstag in solchen Situationen oft genug austauschen, dienen ja immer bestimmten taktischen Parteizwecken und pflegen sich infolgedessen sehr rasch in ein Nichts aufzulösen. Aber mehr als ein „vielleicht“ kann man heute nicht sagen, weil die vollzogene Entscheidung erst Gewißheit bringen kann.

### Die Weiterführung der Reparationsfrage.

Die geplante Schuldenkonferenz. In Paris ist der deutsche Botschafter von Hoersch durch den Außenminister Briand empfangen worden und Ministerpräsident Poincaré wird ebenfalls Unterredungen mit Herrn von Hoersch haben. Gegenstand der Besprechungen bei den Zusammenkünften sind die Verhandlungen über die Einsetzung des Sachverständigenausschusses zwecks Regelung der Reparationsfrage, die durch die französische Ministerkrise unterbrochen wurden.

Das Blatt „Matin“ nennt als französischen Vertreter in dem Sachverständigenausschuss den Gouverneur der Bank von Frankreich, Moreau, und als wahrscheinliche weitere Vertreter Parmentier und Sergent, die bereits an der Ausarbeitung des Dawes-Planes teilgenommen haben.

Nach dem offiziellen „Petit Parisien“ wird die deutsche Regierung in etwa vier bis fünf Tagen über die Bedingungen unterrichtet werden, unter denen Paris, London, Rom und Brüssel sich die Entwicklung der Verhandlungen über die Einlösung des Reparationsproblems und die Befestigung der deutschen Schuld vorstellen.

Was den Verhandlungsort der Konferenz anbelangt, so kommt im „Nouvel“ die Auffassung zum Aus-

...nenen sich zwei  
...das Auto, das aus  
...zu kümmern,  
...feinen schweren  
...ber 1928.  
...155 Döfen, 284  
...5 Schafe, 2855  
...den von Hühnern  
...539 Schweine,  
...1. Al.  
...2. Al. 70-78  
...3. Al. 60-69  
...4. Al. 52-59  
...5. Al. 40-51  
...1. Al. 54-60  
...2. Al. 62-68  
...3. Al. 40-50  
...4. Al. 32-39  
...5. Al. 25-31  
...6. Al.  
...1. Al. 79-80  
...2. Al. 77-78  
...3. Al. 74-76  
...4. Al. 68-73  
...5. Al.  
...6. Al.  
...7. Al. 65-72  
...— Silber und  
...25 Döfen, 30  
...255 Schweine,  
...des evang.-luth.  
...abend im Konf.,  
...Güny & Gule, Naunhof  
...„zig“  
...ends 8 Uhr  
...us  
...ffentlichen  
...laden  
...Caramellen!  
...mittel besitzig schnell  
...m. Heiserkeit, Katarrh  
...lungen der Atmungs-  
...Dose 80 Pfg.  
...nehmen Sie  
...ser's  
...Caramellen  
...3 Tannan  
...ben bei:  
...berg, Drogerie  
...Wendler  
...akate sichtbar.  
...rungen, die  
...Nah und  
...ehr erfreul.  
...n, die uns  
...u. Frau